



2021/2255(INI)

20.6.2022

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für regionale Entwicklung

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und den Ausschuss für
Kultur und Bildung

zum Neuen Europäischen Bauhaus
(2021/2255(INI))

Verfasserin der Stellungnahme (*): Martina Michels

(*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 57 der Geschäftsordnung

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und den Ausschuss für Kultur und Bildung, folgende Vorschläge in ihren Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Initiative Neues Europäisches Bauhaus, deren Ziel darin besteht, den europäischen Grünen Deal zu stärken und ihm eine starke kreative und kulturelle Dimension zu verleihen, ihn den Menschen in der EU näherzubringen und die Strategien für den territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt durch die mit der Initiative verbundenen Werten schöner, nachhaltiger und inklusiver Lösungen zu ergänzen;
2. ist der Ansicht, dass diese Grundsätze des Neuen Europäischen Bauhauses auch mit Blick auf die Ausgaben im Rahmen der Kohäsionspolitik berücksichtigt werden sollten, um die Klimaresilienz und den sozialen Zusammenhalt zu stärken, damit die Lebensqualität der Menschen in der EU durch eine Umgestaltung ihre Wohnorte verbessert wird, wobei das Neue Europäische Bauhaus als Impulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung fungiert und das Kulturerbe eine gebührende Berücksichtigung erfahren muss;
3. weist darauf hin, dass das Neue Europäische Bauhaus an die sozialen und gemeinschaftsbildenden Funktionen des ursprünglichen Bauhauses anknüpft, indem es Kunst und Architektur in den das Alltags- und Arbeitsleben der Anwohner integriert; weist auf das dringende Problem der steigenden Energiepreise und der daraus resultierenden Zunahme der Energiearmut in den Haushalten in der EU hin;
4. betont, dass im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses daher sozial inklusiven, energieeffizienten Gebäuden, die mit Anlagen für erneuerbare Energieträger zur Deckung des etwaigen Residualbedarfs oder anderer Erfordernisse des Energiesystems einschließlich nachhaltiger Verkehrsmittel einhergehen, Vorrang eingeräumt werden muss sowie auch hochwertigen, zugänglichen und erschwinglichen Wohnraumlösungen, die unter angemessener Einbeziehung der Anwohner in den Entscheidungsprozess und im Einklang mit den bestmöglichen Standards gebaut werden, mit denen zur Verringerung des CO₂-Fußabdrucks von Wohngebäuden und der Energie- und Ressourcennutzung in Gebäuden sowie zur Bekämpfung der Energiearmut beigetragen wird;
5. begrüßt zudem, dass die Initiative Neues Europäisches Bauhaus als eine Brücke zwischen Wissenschaft und Technologie und Kunst und Kultur, zwischen Grenzregionen, Nord- und Süd- sowie Ost- und Westeuropa fungieren kann;
6. hebt das Potenzial des Neuen Europäischen Bauhauses hervor, dass die lokalen Gebietskörperschaften und die Regionen nutzen können, um den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt zu stärken, und weist auf die Bedeutung des Grundsatzes der Steuerung auf mehreren Ebenen hin; betont, dass die Möglichkeit zur Teilnahme an der Initiative Neues Europäisches Bauhaus in vollem Umfang inklusiv sein und allen offenstehen muss, was auch marginalisierte Gemeinschaften, ältere Menschen und Menschen, die von Obdachlosigkeit, Rassismus,

Diskriminierung, Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, sowie alle Regionen, einschließlich der städtischen Randgebiete, der Grenzregionen, der vom industriellen Wandel betroffenen Gebiete und der Regionen mit schweren und dauerhaften natürlichen oder demografischen Nachteilen, wie z. B. dünn besiedelte ländliche Gebiete, Berggebiete, Insel und Gebiete in äußerster Randlage einschließt;

7. betont, dass Interessenträger wie lokale und regionale Gebietskörperschaften – die wichtige Akteure für eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit sind – KMU, Nachbarschaftsorganisationen, einschlägige Sozialunternehmen, Genossenschaften und vor allem die Anwohner als treibende Kraft für Projekte des Neuen Europäischen Bauhauses auftreten müssen, wobei allen Beteiligten die Möglichkeit geboten werden muss, ihre Zukunftsvorstellungen darzulegen und Herausforderungen anzugehen; betont fernerhin, dass die uneingeschränkte Achtung eines Basisansatzes durch eine konstruktive Einbeziehung und Konsultation der Zivilgesellschaft und anderer einschlägiger Interessenträger sichergestellt werden sollte;
8. weist darauf hin, dass mit der Initiative Projekte zur Entwicklung der Gemeinden und des öffentlichen Raumes, der Infrastruktur sowie der intelligenten und nachhaltigen Mobilität und Logistik in Wohngebieten unterstützt werden sollten; fordert langfristige Investition in nachhaltigen und bezahlbaren Wohnraum, um zu stabilen Wohnungsmärkten beizutragen und so den negativen Effekten der Immobilienspekulation entgegenzuwirken, Wohnungslosigkeit zu beenden, örtliches Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Forschung und Innovation zu unterstützen;
9. betont, dass das Neue Europäische Bauhaus nur dann einen Mehrwert haben wird, wenn es auf der Grundlage eines wirklich integrierten Konzepts umgesetzt wird, in dessen Rahmen sowohl soziale Probleme und Klimaherausforderungen angegangen als auch das Wohlergehen der Anwohner und der soziale Zusammenhalt der lokalen Gemeinschaften verbessert werden; ist der Ansicht, dass Projekte des Neuen Europäischen Bauhauses inklusiv, benutzerfreundlich – insbesondere im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität – und gerecht sein müssen; vertritt die Auffassung, dass damit zur Erschwinglichkeit des ökologischen und des digitalen Wandels beitragen werden muss und dabei der Grundsatz „Energieeffizienz an erster Stelle“ in den Bereichen Stadt- und Raumplanung, Wohnraum, widerstandsfähige und nachhaltige Renovierungen, Gebäudeumwandlungen und Umgestaltung des öffentlichen und grünen Raums als Zentrum des Gemeinschaftslebens für alle und überall in der EU zu achten ist;
10. ist der Ansicht, dass im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses die bauliche Umwelt verbessert und der Qualität und Kohärenz der Maßnahmen zur Renovierung, Wiederverwendung und Umwidmung alter und stillgelegter Gebäude und Stätten mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, um gesunde und erschwingliche Wohnungen bzw. öffentliche Kultur-, Kunst- und Freizeiträume zu schaffen, wodurch dem Schutz und der Erhaltung des kulturellen Erbes ein größerer Wert beigemessen wird; schlägt in diesem Zusammenhang vor, den Einsatz traditioneller Verfahren oder Komponenten etwa nachhaltige Baumaterialien oder Bautechniken zu auszuloten, zumal dies im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal steht, die vielfältige multikulturelle Identität der EU widerspiegelt und die Initiative erheblich bereichern würde;

11. fordert nachdrücklich, dass die Notwendigkeit einer Ausweitung von Grünflächen und nachhaltiger, zugänglicher, sicherer und komfortabler öffentlicher und individueller Lösungen in den Bereichen Mobilität, Infrastruktur und Gebäude sorgfältig erwogen wird; spricht sich für verschiedene Arten von Straßenkunst aus, durch die sich die Qualität und Attraktivität der Stadtviertel und der öffentlichen Räume vor Ort erhöhen lassen;
12. fordert, dass im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses die 15-Minuten-Stadt gefördert wird, damit die Bürgerinnen und Bürger alle essenziellen Dienstleistungen und Einrichtungen fußläufig erreichen können, und dass innovative Lösungen für die Entwicklung nachhaltiger städtischer Gebiete sowie Lösungen für nachhaltige Mobilität, inklusive öffentliche Räume und naturnahe Lösungen vorgelegt werden;
13. stellt fest, dass das Neue Europäische Bauhaus zahlreiche Dimensionen und Politikbereiche umfasst, weshalb es für die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften unter Umständen schwierig ist, umfassend zu bewerten, wie sie die Chancen der Initiative optimal nutzen können;
14. fordert die nationalen Behörden auf, technische Unterstützung zu leisten, um die besten und kreativsten wissenschaftlichen und technologischen Projekte zu fördern, die neue Arbeitsplätze und Chancen schaffen können, insbesondere für lokale KMU;
15. hebt hervor, dass die Initiative lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie der Zivilgesellschaft mehr Möglichkeiten eröffnen kann, wenn es darum geht, sich über bewährte Verfahren auszutauschen, insbesondere im Hinblick auf inklusive Projekte unter Beteiligung von nichtstaatlichen Organisationen und anderen einschlägigen Interessenträgern sowie bei der interdisziplinären Koordinierung;
16. ist der Ansicht, dass das Programm die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen öffentlichen und privaten Akteuren fördern und erleichtern sollte;
17. hebt die entscheidende Rolle hervor, die den Behörden auf lokaler und regionaler Ebene bei der Umsetzung des Initiatives Neues Europäisches Bauhaus als Akteuren an vorderster Front im Kampf gegen den Klimawandel und bei der Sicherung des wirtschaftlichen, territorialen und sozialen Zusammenhalts zukommt, und fordert nachdrücklich, dass die nationalen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in die Lage versetzt werden, den Prozess zu erleichtern, wobei keine zusätzlichen unnötigen bürokratischen Hürden geschaffen werden dürfen;
18. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten daher auf, klare Definitionen der Förder-, Bewertungs- und Vergabekriterien sowie spezifische und gezielte Informationen und Leitlinien dazu vorzulegen, wie Projekte – auch geringen Umfangs – entwickelt und finanziert werden können, um die städtische Erneuerung und Architekturkonzepte zu fördern, und die technologischen Möglichkeiten und den Kapazitätsaufbau zu nutzen;
19. betont, dass unbedingt eindeutige Kriterien für die Nachhaltigkeit und die Verwaltung der durch die Initiative finanzierten Projekte nach ihrer Umsetzung formuliert werden müssen, und fordert die Kommission auf, eine mögliche Einführung harmonisierter und nachhaltiger EU-Indikatoren in Betracht zu ziehen, mit denen die Entwicklung der

Regionen – insbesondere durch Projekte im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses – bewertet wird;

20. stellt fest, dass bei der Initiative die drei Säulen der EU-Städteagenda miteinander verbunden werden; fordert, dass die Initiative mit Partnerschaften der EU-Städteagenda verknüpft wird, zumal in deren Rahmen seit fast vier Jahren an Konzepten im Zusammenhang mit dem Grünen Deal und dem Neuen Europäischen Bauhaus gearbeitet wird, insbesondere in Bezug auf die Fähigkeit zum Klimaschutz, die Ökologisierung der Städte und die Nutzung öffentlicher Räume;
21. hebt die erfolgreiche Arbeit des Programms URBACT zur Entwicklung von Instrumenten hervor, mit denen Synergieeffekte mit der Initiative geschaffen werden sollen, um die territoriale Zusammenarbeit zu fördern und Innovationen beim Austausch bewährter Verfahren bei der städtischen Erneuerung zu fördern;
22. bedauert den Mangel an Klarheit hinsichtlich der Finanzierung der Initiative Neues Europäisches Bauhaus ab 2023; betont nachdrücklich, dass angemessene und zugängliche öffentliche Mittel und technische Unterstützung für die Förderung und Umsetzung von Ideen und Projekten im Rahmen der Initiative auf lokaler und regionaler Ebene von wesentlicher Bedeutung sind; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften rechtzeitig klare, sachdienliche und benutzerfreundliche Informationen und Orientierungshilfen zu allen finanziellen Möglichkeiten in der jeweiligen Sprache zur Verfügung zu stellen und den Austausch bewährter Verfahren – insbesondere im Hinblick auf die Mobilisierung öffentlicher und privater Investitionen – zu unterstützen;
23. stellt fest, dass Finanzierungsleitfäden und eine Finanzierungsstrategie die nationalen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften dazu ermuntern können, ihre Anstrengungen zu bündeln und verschiedene EU-Fonds für interdisziplinäre, innovative und nachhaltige Projekte zu verknüpfen und optimal zu nutzen, was auch die mit der Initiative der Renovierungswelle verbundenen Finanzierungsmöglichkeiten einschließt;
24. nimmt den Ad-hoc-Ansatz zur Kenntnis, der die Finanzierung von Projekten im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses unter anderem über die Struktur- und Investitionsfonds der EU, insbesondere den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, im Einklang mit dem damit verbundenen Ziel der Unterstützung einer nachhaltigen Stadtentwicklung vorsieht; weist darauf hin, dass mit dem Haushalt, der im Zeitraum 2021–2027 für die aktuelle Kohäsionspolitik vorgesehen ist, Mittel für neue innovative Projekte zur Verfügung gestellt werden, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf intelligente, ökologisch orientierte und soziale Politikmaßnahmen gelegt wird; fordert eine enge Koordination mit Blick auf diese Mittel und den Programmen im Rahmen der Initiative Neues Europäisches Bauhaus; bedauert jedoch, dass – entgegen dem vom Parlament regelmäßig vertretenen Standpunkt, dass neue Initiativen zusätzliche Mittel erfordern – keine neuen Mittel bereitgestellt wurden; betont, dass die bloße Umschichtung bestehender Mittel nicht ausreichen wird, um die Ziele dieser Initiative zu verwirklichen;
25. ist der Ansicht, dass die Initiative im Finanzierungszeitraum nach 2027 zusätzliche Finanzmittel benötigen wird, um langfristig wirksam, sichtbar und erfolgreich zu sein;

fordert die Kommission daher auf, die Einrichtung eines EU-Finanzierungsprogramms für das Neue Europäische Bauhaus mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen in Erwägung zu ziehen und rechtzeitig einen entsprechenden Vorschlag mit einem eigenen, gleichbleibenden Haushalt vorzulegen;

26. betont, dass es einer langfristigen und integrierten Strategie im Rahmen der Kohäsionspolitik und anderer Politikbereiche der EU bedarf, um eine strukturierte Initiative aufzubauen, die Perspektiven für Entwicklung und Beschäftigung eröffnet; hält es daher für unerlässlich, die öffentlich-privaten Partnerschaften, insbesondere mit KMU, zu stärken;
27. fordert die Kommission auf, die Grundsätze des Neuen Europäischen Bauhauses künftig bei einschlägigen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen, für die Komplementarität der Initiative mit anderen EU-Politikbereichen und insbesondere mit der Kohäsionspolitik zu sorgen und geeignete Zusatzmittel für spezifische Zielgruppen zur Verfügung zu stellen;
28. fordert die Mitgliedstaaten auf, mit Blick auf Inhalt, Organisation und Finanzierung Synergieeffekte zwischen Projekten des Neuen Europäischen Bauhauses und etablierten operationellen Kohäsionsprogrammen zu schaffen und dabei ortsbezogene, partizipative, partnerschaftliche und mehrstufige Ansätze zu nutzen, die sich schwerpunktmäßig mit den Bedürfnissen und der Entwicklung vor Ort befassen;

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	15.6.2022
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 36 -: 0 0: 4
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	François Alfonsi, Pascal Arimont, Adrian-Dragoş Benea, Rosanna Conte, Corina Creţu, Rosa D'Amato, Christian Doleschal, Raffaele Fitto, Chiara Gemma, Mircea-Gheorghe Hava, Krzysztof Hetman, Manolis Kefalogiannis, Constanze Krehl, Elżbieta Kruk, Dan-Ştefan Motreanu, Andżelika Anna Możdżanowska, Niklas Nienaaß, Andrey Novakov, Younous Omarjee, Alessandro Panza, Tsvetelina Penkova, Caroline Roose, Marcos Ros Sempere, André Rougé, Susana Solís Pérez, Monika Vana
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Álvaro Amaro, Asger Christensen, Laurence Farreng, Jan Olbrycht, Dimitrios Papadimoulis, Rovana Plumb, Peter Pollák, Simone Schmiedtbauer, Yana Toom
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 209 Abs. 7)	Pietro Fiocchi, Vlad Gheorghe, Sandro Gozi, Eero Heinäluoma, Antonio Maria Rinaldi

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

36	+
ECR	Pietro Fiocchi, Raffaele Fitto, Elżbieta Kruk, Andżelika Anna Możdżanowska
NI	Chiara Gemma
PPE	Álvaro Amaro, Pascal Arimont, Christian Doleschal, Mircea-Gheorghe Hava, Krzysztof Hetman, Manolis Kefalogiannis, Dan-Ştefan Motreanu, Andrey Novakov, Jan Olbrycht, Peter Pollák, Simone Schmiedtbauer
RENEW	Asger Christensen, Laurence Farreng, Vlad Gheorghe, Sandro Gozi, Susana Solís Pérez, Yana Toom
S&D	Adrian-Dragoş Benea, Corina Creţu, Eero Heinäluoma, Constanze Krehl, Tsvetelina Penkova, Rovana Plumb, Marcos Ros Sempere
THE LEFT	Younous Omarjee, Dimitrios Papadimoulis
VERTS/ALE	François Alfonsi, Rosa D'Amato, Niklas Nienaaß, Caroline Roose, Monika Vana

0	-

4	0
ID	Rosanna Conte, Alessandro Panza, Antonio Maria Rinaldi, André Rougé

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung